



Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.:	VO/0166/2011	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	23.03.2011	
	Eingang:	23.03.2011	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
Beratende Gremien:		Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Naturkatastrophe und Reaktorunfall in Japan

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1.) Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) stellt fest:

Die StVV bringt ihr tiefes Mitgefühl für die vielen Opfer der Naturkatastrophe in Japan zum Ausdruck. Ihre Gedanken sind bei den Opfern des Erdbebens und des Tsunamis und bei den Menschen in Japan, deren Leben und Gesundheit von atomarer Verstrahlung bedroht ist.

Kurz vor dem 25. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl führt die Havarie der japanischen Atomkraftwerke auf dramatische Weise abermals die unbeherrschbaren Gefahren der Atomkraft vor Augen. Die schrecklichen Ereignisse in Japan verdeutlichen erneut: Der Betrieb von Atomkraftwerken ist unverantwortbar, in Japan, in Deutschland, überall.

Atomenergie ist keine „Brückentechnologie“ ins Zeitalter der erneuerbaren Energien, sondern kann in den Abgrund der nuklearen Katastrophe führen. Deutschland muss unverzüglich und unumkehrbar aus der Atomkraft aussteigen.

2.) Die StVV beschließt, wie in anderen Fällen, die Hilfsfonds für die Opfer der Katastrophe in Japan mit einer Spende zu unterstützen.

3.) Die StVV appelliert an die Hessische Landesregierung als Aufsichtsbehörde, die Atomreaktoren Biblis A und B dauerhaft stillzulegen.

4.) Die StVV fordert Bundesregierung und Bundestag auf,

- a) einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, der das Verbot der Nutzung von Atomtechnologien für militärische Zwecke sowie zur Energiegewinnung vorsieht,**

- b) zeitnah ein Atomausstiegsgesetz vorzulegen, das die unverzügliche Abschaltung aller Atomkraftwerke in Deutschland regelt,**
- c) ein Sofortprogramm für die erneuerbare Energiewende zu beschließen, das den massiven Ausbau erneuerbarer Energien, eine Energieeffizienzoffensive, einen Netzausbauplan sowie die Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien beinhaltet,**
- d) mit den Partnerländern in der EU Verbindung aufzunehmen, um den Atomausstieg europaweit zu verankern.**

Begründung der Dringlichkeit:

Die hier vorgeschlagene Entscheidung bringt in ihrem ersten Teil die Betroffenheit über eine aktuell vor unseren Augen sich vollziehende Katastrophe zum Ausdruck. In einem solchen Fall ist kein Verzug angebracht. Mit der Äußerung der Betroffenheit kann es kein Bewenden haben. Deshalb ist es angebracht, sie in der gleichen Sitzung mit konkreten Vorschlägen zu verbinden.

Begründung

Die entsetzliche Katastrophe in Japan mahnt in schrecklicher Weise, die maßlose Selbstüberschätzung bei der Beherrschung der Risiken der Atomtechnologie zu beenden. Eine Technologie, deren so genanntes „Restrisiko“ in der Verstrahlung von Millionen Menschen besteht, muss sofort gestoppt werden.

Es gibt keine sicheren Atomkraftwerke. „Abschalten“, die Forderung der Anti-Atom-Bewegung und der Mehrheit der Bevölkerung, muss zum Leitmotiv deutscher Politik werden. Die StVV sollte den Mehrheitswillen auch der Marburger Bevölkerung aufgreifen und diesen der Hessischen Landesregierung, den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung eindringlich übermitteln

Die Zeit der Kompromisse ist vorbei! Atomkraftwerke sofort abschalten.

**Halise Adsan
Georg Fülberth
Astrid Kolter
Birgit Schäfer
Dr. Michael Weber**